

Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

7. Oktober 2013

Afghanistan

Sicherheitslage

Am 05.10.13 starben in der ostafghanischen Provinz Nangarhar nahe der Provinzhauptstadt Jalalabad mindestens fünf Zivilisten bei einem NATO-Luftangriff. Des Weiteren gab es vergangene Woche in der nordafghanischen Provinz Kunduz mehrere Kämpfe und Anschläge im Vorfeld der Übergabe des dortigen Bundeswehrlagers an afghanische Truppen.

Am 06.10.13 übergab die Bundeswehr ihr Lager im nordafghanischen Kunduz an afghanische Sicherheitskräfte, die künftig allein für die Sicherheit in der Region zuständig sein werden. Das Bundeswehrhauptquartier in Mazar-e Sharif, der Hauptstadt der nordafghanischen Provinz Balkh, bleibt bestehen.

Pakistan

Regierung der Provinz Sindh will Internetdienste verbieten

In der pakistanischen Provinz Sindh sollen Internet-Kommunikationsdienste für die kommenden drei Monate gesperrt werden. Der Grund hierfür – so die Provinzregierung – sei, dass Terroristen diese Kommunikationsmöglichkeiten nutzen.

Anschlag auf Impfhelfer

In einem Dorf nahe Peshawar haben Unbekannte am 07.10.13 einen Anschlag auf Mitarbeiter einer Impfkampagne verübt. Vier Polizisten und zwei Impfhelfer wurden durch einen Sprengsatz getötet.

Irak

Anschläge

Bei einem Anschlag auf ein Polizeigebäude in Tikrit (Provinz Salahaddin) am 01.10.13 kamen fünf Polizisten ums Leben.

Am 02.10.13 starben in verschiedenen Landesteilen, u.a. in Bagdad, Mosul und Kirkuk 29 Menschen.

Bei Anschlägen am 05./06.10.13 wurden mindestens 88 Menschen getötet; eine Quelle spricht von 146 Todesopfern. So starben allein am 05.10.13 bei Anschlägen u.a. in Bagdad, Balad (Provinz Salahaddin), Mosul (Provinz Ninive) und Muqadiyah (Provinz Diyala) mindestens 73 Menschen, darunter 49 schiitische Pilger und zwei TV-Journalisten. Bei einem Selbstmordanschlag auf eine Schule in Tal Afar (Provinz Ninive) am 06.10.13 gab es mindestens 15 Todesopfer. Offiziellen Angaben zufolge starben 14 Kinder und der Leiter der Schule. Die Mehrheit der Einwohner sind schiitische Turkmenen.

Die Vereinten Nationen teilten am 01.10.13 mit, im September seien 979 Menschen als Folge von Terror und Gewalt gestorben und mehr als 2.100 bei Anschlägen und Attentaten verletzt worden. Unter den Todesopfern befänden sich 92 Angehörige der Sicherheitskräfte, die im Einsatz starben, sowie 127 Polizisten, die außerhalb ihrer Dienstzeit getötet wurden. Andere Quellen berichten abweichende Zahlen. Die Nachrichtenagentur AFP spricht von 880 und die irakische Regierung von 971 Todesopfern. Iraq Body Count meldet 1.220 Todesopfer unter der Zivilbevölkerung im September.

Nach AFP hat die Gewalt einen Stand erreicht wie zuletzt im Jahr 2008.

Abschuss eines Armeehubschraubers

Laut einer dpa-Meldung wurde bei einem Gefecht zwischen der Armee und mutmaßlichen al-Qaida-Kämpfern am 02.10.13 ein Militärhubschrauber abgeschossen. Die vier Besatzungsmitglieder starben.

Hinrichtungen

Nach Angaben der irakischen Regierung wurden am 22. und 26.09.13 insgesamt 23 Menschen hingerichtet, davon 20 wegen terroristischer Aktivitäten.

Syrien

Islamistische Gruppen zunehmend wichtiger in der Opposition Syriens

Die mehrheitlich im Exil lebende zivile syrische Opposition, die Nationale Koalition (NC) – sie vertritt momentan gegenüber dem Ausland die Interessen der Gegner der syrischen Regierung –, verlor in der letzten Zeit an Rückhalt. Am 24.09.13 distanzieren sich dreizehn Rebellen Gruppen, darunter die islamistische Jabhat al-Nusra, in einer gemeinsamen Erklärung von der NC und forderten eine Neuorganisation der Opposition gegen Präsident Assad, die sich nach islamistischen Maßstäben richten und die Scharia beachten solle. Am 29.09.13 schlossen sich 43 Einheiten radikaler syrischer Rebellen im Großraum Damaskus zur „Armee des Islam“ zusammen. Vorsitzender des Zusammenschlusses soll Sahran Allusch sein, der Führer der „Liwa al-Islam“. Immer mehr Rebellen wenden sich von der internationalen Gemeinschaft ab und radikaleren Kämpfergruppierungen zu, die von den Golfstaaten, vor allem Saudi-Arabien, Waffen und Geld erhalten. Die kleineren Gruppen erhoffen sich von einem Beitritt zu einer Dachorganisation eine Verbesserung ihrer logistischen Probleme, die großen Gruppen eine Ausweitung ihres Machtbereichs.

Vor diesem Hintergrund erklärte der Syrien-Sondergesandte Lakhdar Brahimi am 06.10.13, er wisse nicht, ob die für Mitte November in Genf vorgesehenen Friedensgespräche stattfinden könnten.

Iran unterstützt Syrien

Nach Informationen des Spiegels, der sich auf deutsche Geheimdienste beruft, soll Iran eigene Militäreinheiten, u.a. Revolutionswächter, nach Syrien geschickt haben. 2012 sollen Syrien und Iran ein Abkommen geschlossen haben, das Assad erlaubt, seine Kampfflugzeuge in Iran zu stationieren.

Zerstörung von Chemiewaffen hat begonnen

Nachdem am 01.10.13 erste UN-Inspektoren in Syrien eintrafen, wurde am 06.10.13 mit der Zerstörung von Chemiewaffen begonnen. Bis zum 01.11.13 sollen Syriens Produktionskapazitäten für Chemiewaffen demontiert und bis Mitte 2014 die Kampfstoffe, ca. 1.000 Tonnen landesweit verteilt auf 45 Standorte, vernichtet werden.

Iran

Telefonat mit US-Präsident: Pasdaran-Chef kritisiert Rohani

Der Chef der Pasdaran, Mohammad Ali Jafari, hat das historische Telefonat vom 27.09.13 zwischen Präsident Hassan Rohani und US-Präsident Barack Obama als „taktischen Fehler“ kritisiert. Anstatt mit Obama zu telefonieren, hätte Rohani „auf konkrete Aktionen der USA warten sollen“. Das Telefonat Obamas und Rohanis war der erste direkte Kontakt zwischen den Staatsspitzen seit dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen nach der iranischen Revolution 1979. Die von der Internetseite „Tasnimnews.com“ verbreitete Stellungnahme des Generals ist die erste Kritik eines hohen iranischen Funktionärs nach dem Gespräch beider Staatsoberhäupter. Mit seiner Stellungnahme setzte sich Jafari über eine Mahnung Rohanis und auch des Revolutionsführers Ayatollah Ali Khamenei an die Pasdaran hinweg, sich aus der Politik herauszuhalten. Khamenei äußerte sich bislang nicht direkt zu dem Kontakt zwischen Obama und Rohani. Er sprach allgemein von gewissen Unangemessenheiten, die in New York passiert seien. Rückendeckung für seinen Schritt erhielt der Präsident von Verteidigungsminister Hussein Dehghan. Der Anruf von Obama zeige „die Macht und Größe“ Irans, sagte er in Teheran.

Internetbeschränkung soll gelockert werden

Der iranische Präsident Rohani stellt eine Lockerung der Internet-Blockade in Aussicht. Er teilte über den Kurznachrichtendienst Twitter mit, er setze sich dafür ein, dass die Iraner ein Recht auf einen bequemen Zugang zu allen Informationen weltweit bekämen.

Frauen in Werbung verboten

Das Ministerium für islamische Kultur verbot überraschend den Druck von Anzeigen, auf denen Frauen zu sehen sind. Wie die Nachrichtenagentur Mehr berichtet, habe das Ministerium erklärt, die iranischen Gesetze würden das verbieten.

Regisseur Mohammad Rasoulof Pass abgenommen

Bei seiner Rückkehr von einem Deutschlandaufenthalt wurde dem Regisseur Mohammad Rasoulof am Teheraner Flughafen vom Geheimdienst sein Pass abgenommen und er zu einer späteren Vernehmung vorgeladen. Ziel seiner Reise war es herauszufinden, was es mit dem vom neuen Präsidenten Hassan Rohani letzte Woche auch in New York proklamierten Entspannungskurs auf sich hat, berichtete die Süddeutsche Zeitung unter Berufung auf Rasoulofs in Hamburg lebende Frau. Nun wird er seine Auszeichnung durch das Nürnberger Menschenrechtsfestival am 08.10.13 nicht selbst entgegennehmen können.

Türkei

Reformpaket präsentiert

Am 30.09.13 stellte Ministerpräsident Erdogan das seit Monaten erwartete „demokratische Reformpaket“ seiner Regierung vor. Zu den wichtigsten Punkten gehört eine teilweise Aufhebung des Kopftuchverbots für Frauen im Staatsdienst. Das seit Jahrzehnten an staatlichen Einrichtungen geltende strikte Verbot des Kopftuchs soll allerdings für Polizistinnen, Soldatinnen, Richterinnen und Staatsanwältinnen bestehen bleiben.

Die islamisch-konservative AKP-Regierung hat bereits in den vergangenen Jahren das Kopftuchverbot an mehreren Institutionen gelockert oder ganz abgeschafft. So hatte im Oktober 2012 die Hochschulbehörde Studentinnen erstmals das Tragen des Kopftuchs an Universitäten genehmigt und im Januar 2013 wurde Anwältinnen das Tragen des Kopftuchs vor Gericht gestattet. Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft die Möglichkeit, Kurdisch, das seit 2012 schon als Wahlfach an staatlichen Schulen angeboten werden darf, auch an privaten Bildungseinrichtungen zu lehren. Abgesehen von solchen Sprachkursen soll allgemeiner Schulunterricht auf Kurdisch verboten bleiben. Allerdings soll es Parteien künftig gestattet sein, Wahlveranstaltungen und andere Tätigkeiten in anderen Sprachen als Türkisch durchzuführen. Dies wurde in vergangenen Jahren zwar vom türkischen Staat toleriert, war aber formal illegal. Auch der Gebrauch kurdischer Buchstaben soll nicht mehr strafbar sein. Ministerpräsident Erdogan kündigte zudem an, dass ein Gesetz zur Änderung von Städtenamen den Weg für eine Rückkehr zu alten kurdischen Ortsnamen freimachen und dass das syrisch-orthodoxe Kloster Mor Gabriel umstrittenes Land zurückerhalten solle, das in einem jahrelangen Rechtsstreit von Enteignung bedroht war. Zur Abschaffung vorgesehen ist auch der seit 1933 an türkischen Schulen praktizierte Schülereid, an dem außer ethnischen und religiösen Minderheiten viele liberale Türken Anstoß genommen hatten. Die Zehnprozenthürde zum Einzug in das Parlament soll entgegen anderslautenden Meldungen zunächst beibehalten werden.

Ägypten

Erneut Gewaltausbruch mit dutzenden Toten

Tausende Menschen beteiligten sich am 06.10.13 in mehreren Städten an Kundgebungen gegen die Entmachtung Mursis, zu denen Anhänger des abgesetzten Präsidenten anlässlich des 40. Jahrestages des Jom-Kippur-Krieges gegen Israel aufgerufen hatten. Bei schweren Zusammenstößen zwischen Muslimbrüdern, deren Gegnern und Sicherheitskräften starben mindestens 51 Menschen, mehr als 240 wurden verletzt. Die meisten kamen in Kairo und Vororten ums Leben. Nach Angaben staatlicher Medien sollen infolge der Ausschreitungen über 400 Muslimbrüder festgenommen worden sein. Am 06.10.13 attackierten islamistische Demonstranten zudem die TV-Moderatorin Buthaina Kamel. Kamel hatte als einzige Frau in 2012 versucht, bei den Präsidentschaftswahlen zu kandidieren. Sie gilt als erklärte Gegnerin der Muslimbruderschaft.

Die Auseinandersetzungen dauern bereits seit dem 04.10.13 an. Es kam zu landesweiten Protestmärschen der Muslimbrüder mit Todesopfern. An diesem Tag wurde auch der TV-Journalist Chalid Dawud angegriffen. Am 05.10.13 starben bei einem Feuergefecht zwischen Soldaten und Aufständischen nach Mena-Angaben vier Menschen, als ein Armeeposten auf einer Verbindungsstraße zwischen Kairo und Ismailia angegriffen wurde.

Libyen

Hochrangiges Al-Qaida-Mitglied gefasst

Am 06.10.13 wurde in Tripolis Abu Anas al Libi, einer der meist gesuchten, mutmaßlichen Terroristen der Welt von amerikanischen Spezialeinheiten festgenommen und an einen Ort außerhalb Libyens gebracht. Er steht im Verdacht, als führendes Mitglied der Terrororganisation Al-Qaida für die Anschläge auf die US-Botschaften in Kenia und Tansania 1998 verantwortlich zu sein. Anas al Libi soll mehrere Jahre in Iran gelebt haben, bevor er sich in Libyen versteckt gehalten habe. Die Regierung in Libyen ist nach Medienberichten am Einsatz beteiligt gewesen.

Tunesien

Einigung auf Übergangsregierung

Am 05.10.13 einigten sich die von der islamisch-konservativen Ennahdha-Partei angeführte Regierungskoalition und die Opposition nach wochenlangen Verhandlungen auf die Bildung einer Regierung aus unabhängigen Technokraten. In dem Vertrag ist die Ernennung eines Regierungschefs bis zum Ende dieser Woche vorgesehen. Dieser soll anschließend binnen zwei Wochen sein Kabinett aus unabhängigen Experten bestimmen. Die Verhandlungsparteien einigten sich zudem darauf, nach einem nationalen Dialog unter Beteiligung aller politischen Kräfte innerhalb von vier Wochen einen Verfassungsentwurf zu verabschieden sowie einen Zeitplan für Neuwahlen auszuarbeiten.

Algerien

Demonstration gewaltsam aufgelöst

In Algier ist am 29.09.13 eine Demonstration von Angehörigen der sog. Verschwundenen gewaltsam von der Polizei aufgelöst worden. Rund 20 Demonstranten wurden kurzzeitig verhaftet, unter anderem Youcef Benbrahim, der Vizepräsident von Amnesty International in Algerien. Organisiert wurde die Demonstration vom Kollektiv der Familien der Verschwundenen in Algerien (CFDA), einer in Paris ansässigen Menschenrechtsorganisation, und ihrem algerischen Ableger „SOS Verschwunden“.

Guinea

Regierungspartei verkündet Wahlsieg

Am 28.09.13 fand in Guinea die erste demokratische Parlamentswahl seit der Unabhängigkeit von Frankreich im Jahr 1958 statt. Überschattet von Betrugsvorwürfen der Opposition hat sich die Regierungspartei zum Sieger der Parlamentswahlen erklärt. Die Opposition wirft Staatschef Alpha Condé und seiner Partei vor, die Abstimmung manipuliert zu haben. Die oppositionellen Parteien drohen deshalb mit landesweiten Demonstrationen. Rund fünf Millionen Stimmberechtigte hatten die Wahl zwischen 1.700 Kandidaten, die sich um 114 Sitze in der Nationalversammlung beworben haben. Die Wahlbeteiligung lag um die 80 %. Hunderte Beobachter der Europäischen Union, der African Union (AU) und der Economic Community of West African States (ECOWAS) kamen in das Land. ECOWAS erklärte, dass die Wahlen unter annehmbaren Bedingungen von Freiheit und Transparenz stattfanden.

Somalia

Angriff gegen Al-Shabaab-Milizen

Ein Team der US-Marine-Eliteeinheit SEALs (Sea, Air, Land) habe einen hochrangigen Anführer der islamistischen Extremistenorganisation Al-Shabaab gefasst, berichtete die „New York Times“ unter Berufung auf US-Sicherheitskreise. Die Soldaten hätten am 05.10.13 in der Küstenstadt Barawe eine Hochburg der islamistischen Kämpfer angegriffen. Polizeiangaben zufolge starben insgesamt sieben Menschen. Die Aktion sei die Antwort auf den Angriff von islamistischen Extremisten auf ein Einkaufszentrum in der kenianischen Hauptstadt Nairobi vor zwei Wochen, bei dem mindestens 67 Menschen ums Leben kamen. Die somalische Regierung sei in die Pläne eingeweiht gewesen.

Mali

Erster Selbstmordanschlag seit fast sieben Monaten

Am 28.09.13 griffen vier Selbstmordattentäter mit ihren Fahrzeugen ein Militärcamp nahe Timbuktu an. Insgesamt wurden sechs Personen getötet, darunter die Attentäter sowie zwei Zivilisten. Sechs Soldaten der malischen Armee erlitten Verletzungen. Die MNLA hatte das mit der malischen Regierung am 18.06.13 geschlossene Friedensabkommen am 26.09.13 aufgekündigt.

Nigeria

Angriff auf das Bildungssystem in Nordnigeria

Laut einem am 03.10.13 veröffentlichten Bericht von Amnesty International wurden in Nordnigeria seit Anfang 2012 mindestens 70 Lehrer und über 100 Schüler und Studenten durch Angriffe getötet oder verletzt. Bis zu 50 Schulen wurden niedergebrannt oder schwer beschädigt, 60 weitere mussten schließen. Die meisten Angriffe erfolgten im Bundesstaat Borno, der Hochburg der islamistischen Terrororganisation Boko Haram. Allein dort können mindestens 15.000 Schüler keine Schule mehr besuchen. Um sich in Sicherheit zu bringen, sind über 1.000 Lehrer aus Nordnigeria geflüchtet. Boko Haram hat sich zu etlichen, aber nicht zu allen der Angriffe bekannt.

20 Tote bei Anschlag in Damboa

In den frühen Morgenstunden des 05.10.13 griffen laut Militärangaben mutmaßliche Angehörige der islamistischen Organisation Boko Haram eine Moschee in der Stadt Damboa (nordöstlicher Bundesstaat Borno) an und töteten fünf Gläubige. Bei einem anschließenden Feuergefecht mit Soldaten seien 15 der Angreifer erschossen worden.

Kenia

Ausschreitungen nach Mord an muslimischem Geistlichen

Am 03.10.13 erschossen Unbekannte in Mombasa den radikalen muslimischen Geistlichen Scheich Ibrahim Ismail und drei seiner Begleiter in einem Auto. Daraufhin steckten Demonstranten am 04.10.13 eine Kirche in Mombasa in Brand. Es kam zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Sicherheitskräften. Nach Angaben des Roten Kreuzes erschoss die Polizei vier Menschen. In Mombasa wurden Schulen geschlossen, das wirtschaftliche Leben kam zum Erliegen.

Ibrahim Ismail galt als Nachfolger des Muslimführers Aboud Rogo Mohammed, der am 27.08.12 erschossen worden war. Mohammed stand als mutmaßlicher Unterstützer der radikalislamischen somalischen Miliz al-Shabaab auf den Sanktionslisten von UN und USA. Der UN-Sicherheitsrat hatte ihn beschuldigt, der wichtigste ideologische Führer der kenianischen Gruppe al-Hijra zu sein, die als enge Verbündete der al-Shabaab angesehen wird (vgl. BN v. 03.09.12).

Russische Föderation

EGMR verurteilt Russland wegen Menschenrechtsverletzung an Tschetschenen

Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verurteilte Russland zur Zahlung von insgesamt 1,16 Millionen Euro Schmerzensgeld an 13 tschetschenische Kläger, die 18 Angehörige durch eine russische Militäraktion im Jahr 2000 verloren hatten. Der Fall betraf einen Militäreinsatz gegen ein Dorf in Tschetschenien mit vielen zivilen Opfern. Das Dorf Aslambek-Scheripowo im Bezirk Schatoi galt damals als sichere Zone. Befehlshaber der russischen Streitkräfte hatten den Bewohnern gesagt, es werde keine Angriffe geben, solange sich dort keine bewaffneten Kämpfer aufhielten. Deshalb wurden die Menschen von dem Artillerieangriff am 17.02.00 überrascht. Sie hatten erklärt, dass keine Kämpfer in ihr Dorf gekommen seien. Bei dem Angriff starben insgesamt rund 30 Personen, etwa 25 wurden verletzt.

Die Tschetschenen klagten, das Recht auf Leben ihrer Angehörigen sei verletzt worden; außerdem hätten die Behörden die Umstände des tödlichen Angriffs nicht untersucht. Die russische Regierung akzeptierte, „dass die Grundrechte der Beschwerdeführer verletzt wurden, auch hinsichtlich des Einsatzes von Gewalt und der fehlenden Untersuchung des tödlichen Angriffs“, lautet der zentrale Satz im EGMR-Urteil.

Hintergrund

Russland wird in Straßburg immer wieder wegen Übergriffen von Soldaten auf Zivilisten im zweiten Tschetschenienkrieg (1999-2009) verurteilt. Die russische Regierung hat in ihren Stellungnahmen bislang stets Aussagen der Kläger zurückgewiesen, nach denen die Angreifer russische Militärs gewesen seien. Als weitestgehendes Eingeständnis galt bisher, dass in einigen Fällen Moskau der Darstellung der Kläger nicht widersprochen habe. Der Kreml wurde auch in der Vergangenheit immer wieder zu hohen Entschädigungszahlungen verurteilt, die in der Regel mehrere 100.000 Euro betragen.

Indien

Lange Haftstrafen

Fünf Jahre nach den tödlichen Übergriffen auf Angehörige der christlichen Minderheit sind acht Angeklagte, sieben Christen und ein maoistischer Rebell, zu lebenslanger Haft verurteilt worden. Die Männer wurden für schuldig befunden, im August 2008 einen Hindu-Führer getötet zu haben, der damals gegen die Christianisierung im Bundesstaat Orissa agitierte. Nach dem Anschlag attackierten Anhänger radikaler Hindu-Organisationen zahlreiche von Christen bewohnte Dörfer. Bei den Übergriffen wurden mehr als 40 Personen getötet, 25.000 flohen vor der Gewalt.

Armee kämpft gegen Extremisten

Die Kämpfe der Armee an der Demarkationslinie in Kaschmir gegen muslimische Extremistengruppen, die vor anderthalb Wochen von Pakistan aus nach Indien eingedrungen waren, dauern an. Nach indischen Angaben seien 15 Terroristen getötet worden, die den in Pakistan ansässigen Lashkar-e-Taiba, Hizbul Mujahideen und Al-Badr zugerechnet werden. Ihnen wird vorgeworfen, die Entspannungsbemühungen beider Staaten torpedieren zu wollen.

Bangladesch

Erneut Todesstrafe wegen Kriegsverbrechen

Am 01.10.13 wurde ein Parlamentsabgeordneter der Oppositionspartei Bangladesh National Party (BNP) wegen Verbrechen im Unabhängigkeitskrieg von 1971 zum Tode verurteilt. Seit Januar wurden vom Sondertribunal zur Aufarbeitung des Bürgerkriegs von 1971 sieben Menschen, darunter sechs Mitglieder der islamistischen Jamaat-e-Islami, zum Tod oder zu lebenslangen Haftstrafen verurteilt.

Druck auf Christen

Nach Meldungen der christlichen Organisation Open Doors haben örtliche Politiker und Mullahs Anfang September in Zentralbangladesch den Bau einer Kirche gestoppt und Druck auf die Gemeindemitglieder ausgeübt, um sie zur Rückkehr zum Islam zu bewegen.

Myanmar

Gewalt gegen Muslime

Nach einem Streit zwischen einem Buddhisten und einem muslimischen Ladenbesitzer in Tandwe (Arakan State) kam es am 29.09.13 zu Übergriffen auf Häuser von Muslimen. Am 01. und 02.10.13 setzte sich die Gewalt in mehreren Dörfern fort. Offiziellen Angaben zufolge wurde eine Person getötet, andere Quellen gehen von bis zu sechs Todesopfern aus. Bis zu 100 Häuser wurden zerstört. Die Gewalt richtete sich gegen Kaman, eine offiziell anerkannte muslimische Minderheit, deren Angehörige die myanmarische Staatsangehörigkeit besitzen. Dies unterscheidet sie von den meisten muslimischen Rohingya, die in der jüngsten Vergangenheit immer wieder Ziel der Ausschreitungen von Buddhisten wurden.